

„Macht nutzt den ab, der sie nicht besitzt.“ Giulio Andreotti, Politiker



Machtpoker um OB-Sessel

von Lars Bargmann

Es geht ein Riss durch die Politik dieser Stadt, ein Riss durch zwei große Lager, zwischen der Volksfürsorge (Unabhängige Listen, SPD) und der Allianz (Junges Freiburg/Die Grünen, CDU, Freie Wähler), und auch ein Riss zwischen dem sich im Unruhestand befindlichen Alt-Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD) und seinem Nachfolger Dieter Salomon (Grüne). Böhme soll bereits nach einem Nachfolger für seinen Nachfolger suchen. Was ihm vielstimmige Kritik einbringt – in die die Volksfürsorge-Vertreter allerdings nicht mit einstimmen.

Böhme soll, so verlautet es aus Rathauskreisen, den parteilosen Vizeregierungspräsidenten Frank Scherer bereits im März bei einem Gespräch im Gasthaus Oberkirch gefragt haben, ob er 2010 als OB-Kandidat gegen Salomon antritt. Zwar unterstütze er, Böhme, den Kultur- und Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach, wenn der aber, so das Kalkül, gegen Salomon im ersten Wahlgang den Kürzeren zöge, könne Scherer als gemeinsamer Kandidat von CDU und SPD gegen den Amtsinhaber in einem zweiten Wahlgang gewinnen. Scherer jedenfalls, der sich mit Salomon seit Jahren duzt, versichert, für eine Kandidatur gegen Salomon nicht zur Verfügung zu stehen. Salomon selber will die Böhme'schen Aktivitäten auf Anfrage des chilli „nicht kommentieren“.

Ulrich von Kirchbach empfindet das Ganze als eine „Phantomdiskussion“, zweieinhalb Jahre, bevor die Frage nach Kandidaten überhaupt wichtig werde. Eine eigene Kandidatur schließt er zwar „nicht kategorisch“ aus. Es wäre aber immerhin in der

Freiburger Nachkriegszeit das erste Mal, dass ein Dezernent gegen den amtierenden OB antritt. In dem Fall müsste von Kirchbach Positionen gegen Salomon einnehmen, während beide bei der allwöchentlichen Dezernentenkonferenz noch miteinander Stadtpolitik machten. Und: Am 31. März 2010 endet von Kirchbachs erste Amtszeit: Wenn er wiedergewählt werden wollte, müsste er sich erneut für diesen Posten bewerben. Wenn er indes im Juli 2010 Freiburgs neuer Oberbürgermeister werden wollte, müsste er sich als Gegenkandidat von Salomon aufstellen lassen – und bei einer Niederlage riskieren, komplett aus dem Rathaus zu fliegen. Das wird sich von Kirchbach mehr als nur einmal überlegen.

Grünen-Chefin Maria Viethen glaubt derweil, dass Böhme „politisch nicht mehr richtig orientiert“ sei. Und wenn er meine, Freiburg sei in den

Händen von Salomon im freien Fall, dann sei das nicht nur falsch, sondern zudem ärgerlich.

SPD-Stadtrat Walter Krögner hingegen „weiß nicht, ob Böhme in dieser Sache überhaupt unterwegs ist“, die Federführung beim Aufstellen eines SPD-Kandidaten liege jedenfalls beim Kreisverband und der Fraktion, die derzeit nicht auf der Suche nach einem aussichtsreichen Gegenkandidaten seien. Sicher sei hingegen, dass die SPD, wenn es wie 2002 erneut zu einem zweiten Wahlgang komme, keinesfalls Salomon unter-

stützen würde, wie sie es seinerzeit getan hatte.

Atai Keller, der derzeit die Unabhängigen Listen anführt, hat „kein Problem damit, dass ein Bürger,

(Böhme, Anm. d. Red.) zur Auseinandersetzung um einen Kandidaten beiträgt“. Wenn Böhme Kritik an seinem Nachfolger übe (was der Alt-OB zuletzt auch öffentlich etwa bei einer Versammlung des SPD-Orts-

Die SPD wird
Salomon
kein zweites Mal
unterstützen

vereins Unter-, Mittelwiehre, Günsterstal oder im Mitteilungsblatt des Bürgervereins Mooswald getan hat), habe sich Salomon mit Kritik an seinem Vorgänger auch nicht zurückgehalten. Er, Keller, habe indes auch schon Gerüchte vernommen, wonach sich Finanzbürgermeister Otto Neideck (CDU) aufstellen lassen wolle. Das wiederum glaubt CDU-Fraktionschef Wendelin von Kageneck nicht. Nach seinem Dafürhalten wäre es aber „gute Sitte“, dass sich der ehemalige Oberbürgermeister „in Fragen zurückhält, in denen er in Konflikt mit dem amtierenden komme.“ Böhmcs Unwert-Urteil über Salomon sei indes alles andere als zurückhaltend.

Als Dieter Salomon am 1. Juli 2002 freudestrahlend das Amt des Stadtoberhaupts antrat, wusste er noch nicht, wie es um die städtischen Finanzen genau bestellt ist. Salomons per Bürgerentscheid am 12. November 2006 gescheiterter „Masterplan“, den mit 8900 Wohnungen kompletten städtischen Bestand meistbietend zu verkaufen und damit den maroden Stadthaushalt (seinerzeit 340 Millionen städtische und 140 Millionen Euro Schulden der Stadttochter Stadtbau GmbH) auf einen Streich zu sanieren, hat den Gemeinderat gespalten, so tief, wie wohl kaum ein anderer Vorstoß jemals. Die Gräben sind tief und sie sind seither nicht kleiner geworden, wie aus den Fraktionen zu hören ist.

Allein durch die steuerlichen Mehreinnahmen ist die Stadt nun überhaupt wieder handlungsfähig. Wie sie mit dieser neuen Freiheit umgehen soll, wie die bisherige Amtszeit von Salomon zu bewerten ist, darüber streiten sich die Geister. Die mit 15 Sitzen größte Fraktionsgemeinschaft im Rathaus, Junges Freiburg/Die Grünen, sind mit Salomons Marschrichtung weitgehend einverstanden. Aber etwa beim Thema Polizei, die zuletzt wegen mehrerer Einsätze heftig in der Kritik stand, gehen die Ansichten deutlich

auseinander: „Salomon stützt Polizeichef Heiner Amann, aber wir meinen, dass die Polizei zuletzt auch bei Demonstrationen überreagiert hat.“ Hier, sagt Fraktionschefin Maria Viethen, Stimmenkönigin der jüngsten Kommunalwahl, müsse der OB „ein klareres Profil zeigen“. Auf den Feldern der Bildung und Ökologie, Viethen nennt sie „grüne Kernbereiche“, ziehe die Fraktion mit Salomon an einem Strang.

Auch die CDU (13 Sitze) hat derzeit wenig Bauchschmerzen mit der Arbeit der Rathausspitze. „Wir haben an der grundsätzlichen Linie von Salomon wenig auszusetzen“, sagt von Kageneck, weil der Sparkurs, das Schlankmachen der Verwaltung, die Investitionen in die maroden Schulen ganz dem „Masterplan“ der Konservativen entsprechen. Auch für die Freien Wähler (4 Sitze), dritter Partner in der Allianz, sieht Fraktionsvorsit-

zender Gerolf Staschull kaum Anlass zur Kritik am OB. „Aus unserer Sicht ist das Auflebenlassen der Verwaltungsreform, die unter Böhme nur halbherzig angegangen wurde, sehr positiv.“ Das strukturelle Defizit im Haushalt, für das Böhme mit verantwortlich war, müsse ausgeglichen werden. Herta König (FDP, 2 Sitze) bemängelt an Salomon allenfalls, dass er „zu wenig Draufsicht auf die Ämter hat und nicht das Gespür dafür habe, was machbar und was nicht machbar sei.“ Damit spielt die FDP-Stadträtin eben auf den geplatzen Wohnungsverkauf an. Dass Böhme sich einmische, finde sie nicht gut.

Völlig anders bewerten die Volksfürsorge-Fraktionen die Arbeit des OB: „Wir sind überhaupt nicht zufrieden, Salomon hat keine Vision für Freiburg, keine Antwort auf die Frage, wie Freiburg im Jahre 2020 aussehen soll, dazu noch Königsallüren und man hat den Eindruck, er ist genervt von der Gremienarbeit“, wettet Walter Krögner, Kreisvorsitzender und Stadtrat der SPD (8 Sitze). Der einzige Ansatz, den Salomon habe, sei, die Stadt schuldenfrei zu ma-

Der geplante Verkauf der Stadtwohnungen spaltete den Gemeinderat



Foto: © Georg Giesebrecht. Collage: © Yvonne Rangnirt

kommentar

Graben zuschütten

Der von der Rathauspitze geplante Verkauf aller städtischen Wohnungen hat die Parteien, Fraktionen und Gruppierungen im Freiburger Gemeinderat in **zwei Lager geteilt**, zwischen denen auch heute noch ein tiefer Graben klafft. An den Spaten stehen auf der einen Seite solche, die die seinerzeit vollführten **Drohgebärden** von OB Salomon und Finanzbürgermeister Otto Neideck ob einer ins Haus stehenden Übernahme der Geschäfte durchs Regierungspräsidium nicht ernst nahmen, die vor allem den als „alternativlos“ hingestellten Verkauf des Wohnungspakets mit allen Mitteln erfolgreich bekämpften.

Auf der anderen Seite solche, die das Beseitigen des – auch durch Alt-OB Böhme mit zu verantwortenden – strukturellen Defizits als **oberste Politikerpflicht** identifizierten und dafür schmerzhafteste Kürzungen bei Zuschussempfängern der Stadt in Kauf nahmen. Die Position der Volksfürsorge ist, vereinfacht gesagt: Sparkommissar Salomon und seine Adjutanten riskieren mit ihren **unangemessenen Kürzungen** das kulturelle, soziale und sportliche Leben in der Stadt und gefährden damit den sozialen Frieden. Und das mit durch diese Kürzungen eingesparten Summen, die sich gegen die unwägbaren, stets millionenschweren Steuer(mehr)einnahmen von Bund, Land und Stadt **geradezu lächerlich** ausnehmen. Die aber auf der anderen Seite für den einen oder anderen Verzicht schlicht (über)lebenswichtig sind. Darin sehen die Volksfürsorgevertreter eine visionslose Stadtpolitik.

Die anderen, die von der Allianz, wollen sich, ebenso vereinfacht gesagt, von dem jüngsten konjunkturbedingten Geldregen nicht blenden lassen, spitzen weiter den Rotstift und sind fest entschlossen, dies solange zu tun, bis Freiburg aus der Schuldenfalle wieder raus ist – wozu es noch vieler Millionen an Minderausgaben und Mehreinnahmen bedarf. Der von der CDU **etwas hochtrabend formulierte** „Masterplan“ sieht vor, jährlich 30 Millionen Euro und alle eventuellen Mehreinnahmen zur einen Hälfte in den Schuldenabbau zu stecken und zur anderen in die maroden Schulen, Straßen und Brücken. Ein Plan, der **Generationengerechtigkeit im Motiv** führt. Aber: Schon ganz wenige Prozent davon für die – in ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit – bedrohten Initiativen, Organisationen und Vereine würden die Erde sein, mit der der Graben langsam wieder zugeschüttet werden könnte. Wenn man das wollte.

chen. Aber es werde dabei gar nicht differenziert, um was für Schulden es geht. „Sind Investitionen schädliche Schulden?“

Für Atai Keller, Stadtrat der Unabhängigen Listen (6 Sitze), ist die Salomon'sche Regentschaft ein „großer enttäuschender Prozess“, die Stadt werde mit einem Sparkurs „überzogen“, dem Stadtoberhaupt fehlten die Visionen und – was dem Kulturmenschen Keller am meisten stört – das Interesse an Kultur: „Salomon hat die Kultur als Standortfaktor nicht entdeckt.“ Es sei eine „schlimme Schiefelage“, wenn das Augustinermuseum 30 Millionen Euro bekomme und der Rest nichts. Salomon brauche bei der nächsten Wahl „einen starken Widerpart“, vor allem einen, der auch als Kulturpolitiker antritt.

„**Hier wird von Visionen** gesprochen und gleichzeitig fallen in den Schulen die Decken runter. Das verträgt sich nicht“, meint von Kageneck. Salomon selber räumt ein, dass das vergangene Jahr „schwierig“ war. Durch den eigenen Konsolidierungskurs und die Konjunktur samt millionenschwerer steuerlicher Mehreinnahmen könne er aber nun wieder gestalten und nicht nur verwalten: „Ist es visionslos, wenn wir die Kinderbetreuung der unter Dreijährigen auf bis zu 40 Prozent hochfahren wollen? Wenn wir die ÖPNV-

Projekte Messe, Zähringen und Rotteckring alle 2011 und 2012 anpacken wollen? Wenn wir ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm auf den Weg bringen? Wenn wir jetzt in die Sanierung der Schulen das Doppelte an Geld stecken, was das Konzerthaus gekostet hat? Wenn wir bis 2010 rund 5000 neue Wohnungen bauen?“

Von Kageneck, der CDU-Mann, springt dem grünen OB zur Seite: Es sei sehr wohl eine Vision, sogar eine ethische, wenn die Stadt jetzt so

haushaltet, dass nachfolgenden Generationen keine Riesenlasten aufgebürdet werden, deswegen sei Salomon

keineswegs nur „Sparkommissar“. Auch in Zukunft dürfte das Rathaus nur investieren, wenn Geld da ist. Dabei hat von Kageneck Zweifel, dass das Geld sowohl für die Stadtbahnprojekte als auch dafür da sein wird, Kinder mehr zu betreuen und ihnen ein gutes Essen zu ermöglichen. Das sei allemal wichtiger als Tramprojekte oder prall gefüllte Kassen von kulturellen Einrichtungen.

Und genau an dieser Stelle tut sich wieder der Graben zwischen der Volksfürsorge und der Allianz auf, ein Graben, der sich durch die Kommunalwahlen 2009 und die OB-Wahl 2010 hinziehen wird.

Visionen fordern, wenn Schuldecken auf Bänke fallen?

Foto: Georg Giesebrecht



Wer 2010 auf dem Rathausbalkon stehen soll, darüber wird jetzt schon gerangelt – zur Unzeit, wie manche finden.